

1 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beraten und beschließen:

2 Differenzierte Außenpolitik gegenüber dem Iran

3

4 Der Iran war in vergangener Zeit aus verschiedenen Gründen ein wichtiges Thema in der
5 internationalen Politik. Auch für die Bundesrepublik Deutschland ist die Frage des
6 Umgangs mit Iran von außenpolitischer Bedeutung. In diesem Zusammenhang spielen
7 zwei Themen eine wichtige Rolle.

8 Zum einen beschäftigt die Frage des iranischen Atomprogramms seit einiger Zeit die
9 internationale Staatengemeinschaft. Zusätzlich haben die jüngsten Ereignisse im
10 Anschluss an die Präsidentschaftswahlen vom 12.06.2009 den Iran wieder zu einem
11 Thema werden lassen.

12 In beiden Fällen gilt es für die sowohl für die Jusos, als auch für die SPD Position zu
13 beziehen und eine klare Politik zu fordern.

14 Deshalb fordern die Jusos Hamburg:

15 **Atomkonflikt:**

16 Die Position der Jusos Hamburg bezüglich der grundsätzlichen außenpolitischen
17 Haltung Deutschlands:

18 1. Emanzipierte deutsche Außenpolitik gegenüber den Iran

19 2. Differenzierung der Wirtschaftssanktionen gegen den Iran

20 a) Generelles Exportverbot von dual-use Gütern die zur Entwicklung von
21 Atomwaffen dienen können.

22 b) Aufhebung der Sanktionen für Flugzeugteile

23 c) keine Behinderung der deutschen Wirtschaft bei wirtschaftlicher Betätigung
24 mit dem Iran, sofern keine sanktionierten Betätigungen betroffen sind.

25 3. keine militärische Beteiligung Deutschlands im Falle eines Präventivschlags
26 gegen den Iran

27 **Positionierung und Maßnahmenkatalog bezüglich der umstrittenen Wahlen vom 12.**
28 **Juni 2009 im Iran**

29 **Forderung der Jusos Hamburg an die gegenwärtige Regierung des Iran:**

30 1. Aufklärung des Wahlvorgangs vom 12. Juni 2009

31 2. Gewährleistung der Einhaltung der Menschenrechte durch iranische
32 Sicherheitsbehörden

33 3. Verurteilung jeglicher Menschenrechtsverletzung

34 4. Verurteilung der Schauprozesse im Iran, sowie die darin ergangenen Urteile

35 5. Beschließung von wirtschaftlichen Sanktionen aufgrund der Ereignisse des 12.
36 Juni 2009.

37 a) Exportverbot von Zensurtechnologie, die zur Abhörung und Überwachung der
38 Bevölkerung eingesetzt werden kann

39 6. Kein Abbruch diplomatischer Beziehungen zum Iran

40 **Begründung:**

41 **I. Atomkonflikt**

42 Der bestehende Streit zwischen der westlichen Welt und dem Iran, bezüglich des
43 iranischen Atomprogramms ist wohl eines der gefährlichsten Konflikte der Gegenwart.
44 Der Westen, ihnen voran die USA, vermuten, dass der Iran heimlich nach Nuklearwaffen
45 strebt. Problematisch an diesem Konflikt ist, dass rein formal der Iran durch
46 Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrags für Nuklearwaffen ein Recht zur
47 Erforschung und Nutzung der zivilen Kernenergie hat. Jedoch wird der Iran bei
48 Fortführung seiner Urananreicherung de facto in die Lage versetzt, je nach Bedarf
49 Atomwaffen zu produzieren. Der westlichen Welt fehlt das Vertrauen darin, dass der
50 Iran von der Möglichkeit der Produktion keinen Gebrauch macht und drängt den Iran,
51 sein Atomprogramm einzustellen. Der Iran wirft hingegen den U.S.A und seinen
52 Verbündeten vor, mit zweierlei Maß zu messen und besteht diesbezüglich auf sein

53 Recht. Unabhängig von der Frage, inwiefern jede Seite zum Misstrauen berechtigt ist,
54 stellt sich die Frage, welche Rolle Deutschland in diesem Konflikt einzunehmen hat.

55 1. Rolle Deutschlands im Atomkonflikt

56 Die historisch gewachsene Beziehung zwischen Deutschland und dem Iran sind als sehr
57 eng zu bezeichnen und stellen einen zentralen Punkt in der Frage dar, welche Rolle
58 Deutschland in dem Konflikt einnehmen sollte.

59 Deutschland zählt seit Jahrzehnten zu den wichtigsten Handelspartnern des Iran und
60 genießt dort im Gegensatz zu einigen anderen westlichen Ländern, sowohl bei dem
61 iranischen Staate, als auch bei der iranischen Bevölkerung ein sehr hohes Ansehen. Dem
62 gegenüber steht auf der deutschen Seite das starke Interesse der deutschen Wirtschaft
63 und Industrie an dem Iran, als einem der wichtigsten Märkte des Nahen und Mittleren
64 Ostens. Hinzukommt dass seitens des Iran bisher keinerlei Beeinträchtigung deutscher
65 Interessen stattgefunden haben.

66 Allerdings sind in diesem Zusammenhang die enge Beziehung zu den U.S.A und die
67 historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel keinesfalls zu ignorieren.
68 Jedoch lässt genau dieser Umstand der Bundesrepublik Deutschland eine Schlüsselrolle
69 im Streit um das iranische Atomprogramm zukommen. Deutschland kann und sollte
70 aufgrund seiner guten Beziehungen zu allen Streitparteien seine Position nutzen und als
71 Vermittler in diesem Streit agieren, um die Parteien zu einer einvernehmlichen Lösung
72 zu geleiten. Die Außenpolitik sollte souverän, unabhängig und unparteiisch unter der
73 Berücksichtigung der eigenen Interessen erfolgen.

74 Deutschland sollte keinesfalls, wie bisher in der letzten Legislaturperiode unter Merkel
75 geschehen, Partei ergreifen und damit die historisch gewachsenen guten Beziehungen
76 zum Iran aufs Spiel setzen. Vielmehr kann und hat Deutschland seine besondere
77 Position zu nutzen und das ihm seitens der Streitparteien entgegengebrachte Vertrauen
78 produktiv einzusetzen, um die verhärteten Fronten zu lösen.

79 Ein zentrales Problem im Konflikt um das iranische Atomprogramm ist das Misstrauen,
80 womit sich jeweils die Parteien begegnen. Im Hinblick auf die neue U.S. Außenpolitik
81 unter Obama und dem Versuch, durch vertrauensbildende Maßnahmen eine bessere
82 Verhandlungsposition zu schaffen, ist die bisherige Außenpolitik Deutschlands
83 gegenüber dem Iran deutlich zu hinterfragen, denn Deutschland hat diesen
84 Vertrauensbonus und die damit verbundene Verhandlungsposition entgegen der

85 eigenen Interessen aufs Spiel gesetzt und von seiner Schlüsselposition keinen Gebrauch
86 gemacht.

87 Es ist wichtig, dass im Atomkonflikt mit dem Iran eine Lösung herbeigeführt wird. Auch
88 muss Deutschland im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten aktiv dazu beitragen.
89 Allerdings sollte Deutschland nicht aufgrund einer unemanzierten Außenpolitik
90 leichtfertig seine günstige Verhandlungsposition aufgeben und dabei sogar seinen
91 eigenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen zuwiderhandeln.
92 Deutschland hat sich in seiner Außenpolitik zu emanzipieren. Bei der Verfolgung einer
93 emanzierten Außenpolitik hat Deutschland seine eigenen Interessen sowie die der
94 Europäischen Union zu verfolgen und diese nicht den Interessen anderer Staaten,
95 unabhängig welcher unterzuordnen. Vielmehr bedarf es immer einer Abwägung.

96 2. Interessenlage Deutschlands und der E.U

97 Deutschlands Interessen sind vor allem wirtschaftlicher, energie- und
98 sicherheitspolitischer Natur. Deutschland galt jahrelang als wichtigster Handelspartner
99 für den Iran, ist aber aufgrund der bisherigen Außenpolitik und den beschlossenen
100 Sanktionen auf Platz 2 hinter China gerückt, welches nun ein Handelsvolumen mit dem
101 Iran hat, wie ganz Europa. Weiterhin sind durch eine Reduzierung der
102 Hermesbürgschaften für Geschäfte mit dem Iran diese nicht mehr hinreichend gesichert
103 und mit einem Risiko behaftet. Laut einem Bericht von Weltonline lagen die deutschen
104 Exporte als Folge 10% unter Vorjahresniveau. Die Einfuhren aus Russland und China in
105 den Iran wachsen dagegen zweistellig. Folglich schaden diese Sanktionen nur
106 Deutschland und der E.U, jedoch nicht dem Iran, da dieser auf andere Länder ausweicht.

107 Als weiteres Beispiel ist die französische Ölgesellschaft TOTAL zu nennen, welche sich
108 Mitte Juli 2008 aus dem Iran-Geschäft zur Erschließung der iranischen Erdgasfelder
109 zurückzog. Innerhalb nur eines Tages rückte die russische Gazprom an ihre Stelle. Dies
110 bringt Europa in die präkere Situation, iranisches Gas und Öl von Russland kaufen zu
111 müssen, anstatt es direkt aus dem Iran zu beziehen. Dies stärkt Russland, schwächt
112 jedoch Deutschland und Europa, in dem es eine größere Abhängigkeit gegenüber
113 Russland schafft.

114 Vor diesem Hintergrund sollte das Interesse Deutschlands und Europas an dem
115 Nabucco-Projekt berücksichtigt werden, welches der Erdgasversorgung Europas aus
116 Zentralasien dient. An dem Projekt beteiligt ist unter anderem die RWE. Bei dem
117 Nabucco-Projekt spielt der Iran mit seinen Erdgasressourcen eine Hauptrolle, da es über

118 das 2. größte Vorkommen in der Welt nach Russland verfügt. Die Beteiligung des Iran
119 am Nabucco-Projekt drohte bisher wegen dem Atomkonflikt zu scheitern.

120 **3. Sanktionen gegen das Nuklearprogramm**

121 In diesem Kontext ist zu hinterfragen, was die verhängten Sanktionen für Nutzen
122 haben. Durch die verhängten Wirtschaftssanktionen hat sich Deutschland sowie die E.U
123 immer mehr ins Abseits gedrängt und seiner eigenen Volkswirtschaft geschadet,
124 während China und Russland davon profitierten.

125 Im Hinblick auf das Nuklearprogramm dürften die bisher verhängten Sanktionen nur
126 bedingt einen Nutzen haben. Das erstrebte Ziel, dem Iran an der Betreibung eines
127 Atomwaffenprogramms zu hindern, ist zwar legitim. Jedoch müssen Sanktionen
128 differenziert ergehen, sofern sie ausschließlich der Verhinderung der Entwicklung von
129 Atomwaffen dienen sollen. Eine pauschale Sanktionierung mit ungeeigneten Mitteln,
130 die nicht dem verfolgten Zweck der Verhinderung eines iranischen
131 Atomwaffenprogramms dient und darüber hinaus den eigenen wirtschaftlichen und
132 sicherheitspolitischen Interessen zuwiderläuft, ist zu verurteilen. Gefordert wird daher
133 im Hinblick auf die Sanktionen:

134 **a) Generelles Exportverbot von dual-use Gütern die zur Entwicklung von Atomwaffen** 135 **dienen können**

136 Klar umfasst von Sanktionen sollten sämtliche Güter sein, die unmittelbar oder
137 mittelbar einen Beitrag zur Entwicklung von Atomwaffen leisten könnten. Jedoch
138 sollten diese Güter grundsätzlich sanktioniert werden und nicht nur im Hinblick auf
139 einzelne Länder.

140 **b) Aufhebung der Sanktionen für Flugzeugteile**

141 Fraglich ist inwiefern die bisherige Sanktionierung von Flugzeugteilen für
142 Passagierflugzeuge der zivilen Luftfahrt dem Iran an der Betreibung eines
143 Atomwaffenprogramms hindern soll. Die Sanktionierung von Flugzeugteilen wie sie
144 anfangs von den U.S.A betrieben wurde und nun auch von Europa und Deutschland
145 praktiziert wird dient nicht dem verfolgten Zweck. Die Sanktionierung von
146 Flugzeugteilen, namentlich von Airbus, hat dazu geführt, dass die zivile iranische
147 Luftflotte in einem maroden Zustand ist. Der Iran ist gezwungen, für den nationalen
148 Luftverkehr auf unsichere Maschinen des Typs Tupolev auszuweichen, welches immer
149 mehr Flugzeugabstürze nach sich zieht. Alleine im Juni 2009 haben zwei Abstürze das

150 Leben von über 300 Zivilisten gekostet. Gegenwärtig befinden sich nach offiziellen
151 Angaben 6 Maschinen des Typs Airbus 310 auf dem Flugplatz und können nicht betrieben
152 werden, weil die nötigen Teile fehlen. Bis zu 12 Abstürze ziviler Passagiermaschinen soll
153 es innerhalb nur eines Jahres bereits gegeben haben.

154 Dass durch die Lieferung der für die gegenständlichen Maschinen relevanten
155 Flugzeugteile kein erhöhtes Gefahrenpotenzial begründet wird bzw. die militärische
156 Leistungsfähigkeit des Iran nicht gesteigert wird, steht angesichts des iranischen
157 Waffenarsenals und dem Raketenprogramm außer Frage. Der Beitrag durch intakte
158 Flugzeuge steht außer Relation zur militärischen Leistungsfähigkeit des Iran. Daher
159 bleibt im Ergebnis festzuhalten, dass diese Sanktion nicht dem verfolgten Zweck dient,
160 statt dessen jedoch die falschen trifft, da zunehmend durch Abstürze Zivilisten ums
161 Leben kommen.

162 **d) keine Behinderung der deutschen Wirtschaft bei wirtschaftlicher Betätigung mit dem**
163 **Iran, sofern keine sanktionierten Betätigungen betroffen**

164 Die deutsche Wirtschaft sollte außerhalb der sanktionierten Bereiche nicht von der
165 Bundesregierung behindert werden.

166 Die geschah bisher u. a. durch verschiedene Praktiken, wie das Erfordernis von
167 Unbedenklichkeitsbescheinigungen selbst für Waren, die nicht vom bisherigen
168 Sanktionskatalog umfasst waren. Zitat: "Aufgrund der rigiden Praxis vieler Zollämter
169 werden auch für zahlreiche unbedenkliche Güter Anträge bei den Kontrollbehörden
170 gestellt", sagt Felix Neugart von der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK).
171 "Daher kann es bis zu acht Monate dauern, bis eine Ausfuhrgenehmigung erteilt wird."
172 Eine so lange Zeitspanne ist nicht verhältnismäßig und kann die betroffenen Firmen
173 den Auftrag kosten, wenn die ausländische Konkurrenz schneller liefern kann. Umso
174 verheerender ist der Umstand, dass die Rede von Gütern ist, die nicht in den dual-use
175 Bereich fallen. Die Einfuhren aus Russland und China in den Iran dagegen wachsen
176 zweistellig.

177 Auch die Außenhandelskammern sowie der „Nah- und Mittelostverein der Deutschen
178 Wirtschaft“ (Numov) mit Gerhard Schröder als Ehrenvorsitzenden wurden ausdrücklich
179 aufgefordert, keine Seminare und Informationsveranstaltungen zu Iran mehr
180 abzuhalten, obwohl seitens der deutschen Wirtschaft ein großes Interesse an dem Iran
181 besteht. Erst im September sagte die AHK München eine geplante Unternehmensreise
182 nach Teheran auf politischen Druck hin ab.

183 Es fällt auf, dass die deutsch-iranischen Handelsbeziehungen torpediert wurden,
184 wogegen die eigentlichen Streitparteien in dem Atomkonflikt alles daran setzen, um
185 wirtschaftliche Beziehungen zum Iran aufzubauen. Diese Praxis muss eingestellt
186 werden.

187 **4. Keine militärische Beteiligung Deutschlands im Falle eines Präventivschlags gegen** 188 **den Iran**

189 Unter Punkt der 3 der Forderungen wird eine Klarstellung gefordert, dass die Jusos
190 Hamburg sowie die SPD sich gegen eine militärische Beteiligung Deutschlands im Falle
191 eines Präventivschlags gegen den Iran aussprechen.

192 Aufgrund des bestehenden Konflikts ist die Möglichkeit eines israelischen
193 Präventivschlags gegen den Iran, auch im Alleingang gegeben. Die U.S.A würden in so
194 einem Falle nachziehen müssen, um Israel nötigenfalls zu unterstützen. Vor dem
195 Hintergrund, dass in der Vergangenheit Deutschland mehrfach aufgefordert wurde, sich
196 militärisch an Interventionen, namentlich dem Irak, zu beteiligen und angesichts der
197 Tatsache, dass im Gegensatz zur Zeit des Irakkrieges nun eine Schwarz/Gelbe Regierung
198 an der Macht ist, dürfte in so einem worstcase-Szenario die Haltung der Regierung klar
199 sein. Diesbezüglich ist bereits schon im Vorwege Position zu beziehen und sich gegen
200 eine Beteiligung Deutschlands an militärischen Präventivinterventionen auszusprechen.
201 Mandate der UNO und bündnisrelevante Verteidigungsfälle bleiben von dieser
202 Forderung unberührt.

203 **II. Positionierung und Maßnahmenkatalog bezüglich der umstrittenen Wahlen vom 12.** 204 **Juni 2009 im Iran**

205 Im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen im
206 Iran stellen die Jusos Hamburg klar, dass sie die Souveränität eines jeden Landes
207 respektieren, bekennen sich jedoch zu den demokratischen und rechtsstaatlichen
208 Grundwerten wie sie im GG der Bundesrepublik Deutschland verankert sind. Es ist
209 festzustellen, dass die Legitimität der gegenwärtigen Regierung im Iran im Hinblick auf
210 die nach Wahlen ausgebrochenen Unruhen und den erhobenen Unruhen nicht
211 zweifelsfrei feststeht. Vielmehr sehen wir eine Bringschuld bei der gegenwärtigen
212 Regierung des Iran, den Nachweis für ihre Legitimation zu liefern. Daher wird gefordert:

213 **1. Aufklärung des Wahlvorgangs vom 12. Juni 2009**

214 Die Regierung hat den Nachweis ihrer Legitimation zu erbringen und der
215 internationalen Staatengemeinschaft gegenüber den Wahlvorgang aufzuklären.

216 **2. Gewährleistung der Einhaltung der Menschenrechte durch iranische** 217 **Sicherheitsbehörden**

218 In Anbetracht der Berichte über die eskalierte Gewalt innerhalb des Iran und die
219 erhobenen Vorwürfe bezüglich des Umgangs mit Demonstranten, Oppositionellen
220 Politikern sowie Gefängnisinsassen fordern wir die Regierung auf, die Einhaltung der
221 Menschenrechte durch ihre Exekutive Gewalt zu gewährleisten.

222 **3. Verurteilung jeglicher Menschenrechtsverletzung**

223 Ferner verurteilen die Jusos Hamburg sämtliche Menschenrechtsverletzungen, die in
224 Zusammenhang mit den Wahlen stattgefunden haben.

225 **4. Verurteilung der Schauprozesse im Iran, sowie die darin ergangenen Urteile**

226 Mit Bekennung an die rechtsstaatlichen Grundsätze der Bundesrepublik Deutschland
227 sind die jüngst in Zusammenhang mit den Wahlprotesten erfolgten Schauprozesse aufs
228 schärfste zu verurteilen.

229 **5. Beschließung von wirtschaftlichen Sanktionen aufgrund der Ereignisse des 12. Juni** 230 **2009**

231 Inwieweit wirtschaftliche Sanktionen im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse Erfolg
232 versprechend sein können ist fraglich. Wirtschaftliche Sanktionen zielen hauptsächlich
233 darauf hinab, die Bevölkerung eines Staates aufgrund der Verursachung von Armut
234 gegen die Regierung aufzustacheln. Im Falle des Iran ist jedoch festzuhalten, dass das
235 Land über eine ausgeprägte Zivilgesellschaftsstruktur verfügt, welches von
236 wirtschaftlichen Sanktionen primär betroffen sein dürfte. Diese gilt es jedoch gerade zu
237 stärken da eine Zivilgesellschaft ein Hauptkriterium für Demokratie bildet.
238 Undifferenzierte wirtschaftliche Sanktionen dürften daher auch in diesem
239 Zusammenhang eher ein negatives Ergebnis haben. Daher wird im einzelnen gefordert:

240 **a) Exportverbot von Zensurtechnologie, die zur Abhörnung und Überwachung der**
241 **Bevölkerung eingesetzt werden kann**

242 In erster Linie sollten Güter sanktioniert werden, die zur Zensur und Überwachung der
243 Bevölkerung eingesetzt werden können. Medienberichten zufolge stammten die

244 Technologien, welche zur Überwachung und Zensur des iranischen Telefonnetzes und
245 Internets eingesetzt wurden, von renommierten deutschen Unternehmen. Technologien
246 die der Errichtung oder Ausbaue totalitärer Kontrolle über die Bevölkerung dienen
247 müssen daher in den Sanktionskatalog aufgenommen werden.

248 **6. Kein Abbruch diplomatischer Beziehungen zum Iran**

249 Es stellt sich über die wirtschaftlichen Sanktionen hinaus die Frage, in wie weit die
250 iranische Regierung politisch isoliert werden müsse. Ein Abbruch der politischen
251 Beziehungen ist in diesem Zusammenhang mehrmals diskutiert worden. Nur wird
252 davon alleine im Interesse der iranischen Zivilbevölkerung und im Hinblick auf den
253 anfangs in einem anderen Zusammenhang erwähnten besonderen Status Deutschlands
254 abzuraten sein.

255 Jegliche Isolation wird dem Staat die Möglichkeit geben, den Westen als Sündenbock
256 darzustellen und alles Westliche aus der Gesellschaft zu verbannen. Stattdessen muss
257 sich die iranische Zivilgesellschaft unter den Augen der Weltgemeinschaft frei entfalten
258 können. Deutschland hat seine besondere Schlüsselposition zu nutzen und mit den
259 offiziellen Stellen des Iran den Kontakt aufrecht zu erhalten, um nötigenfalls die
260 Haltung und Position übriger Länder, aber auch der eigenen klar und direkt
261 kommunizieren zu können. Der Abbruch sämtlicher diplomatischer Beziehungen mag
262 vielleicht für einige andere Länder eine Option sein. Jedoch darf kein „Schotten-Dicht-
263 Effekt im Iran eintreten. Daher ist es notwendig dass zumindest ein Land, ggf. auch
264 stellvertretend für andere diese Verbindung aufrecht erhält und vermittelt. Für eine
265 solche Rolle ist Deutschland aufgrund der bereits erwähnten Schlüsselposition
266 prädestiniert.

267 **Weiterzuleiten an den Landesparteitag des SPD Hamburg**